

Niederschrift

über die 54. Sitzung des Stadtrates der Stadt Eisenach am Freitag, dem 27. Februar 2009, 16:00 Uhr bis 19:10 Uhr, im Saal 13, Verwaltungsgebäude, Markt 22

- Anwesenheit:**
- CDU: **Herr Köckert**, Herr Adam, Herr Klopffleisch, Frau Leutheuser, Herr Lindig, Herr Meyer, Frau Müller, Herr Dr. Oefner, Herr Ruhkamp, Herr Dr. Sinn, Herr Straßburg, Herr Suck
- DIE LINKE.: **Frau May**, Herr Bauer, Frau Duft, Herr Pechstädt, Herr Schenke, Herr Tikwe, H., Herr Voß, Frau Werner, Frau Wolf
- SPD: **Frau Winter**, Herr Gentzel, Herr Levknecht, Herr Dr. Schenk, Frau Stein, Herr Tikwe, T.
- Bündnis 90/
Die Grünen: **Herr Schweßinger**; Frau Müller, R.G.
- BfE: **Herr Gottstein**, Frau Apel, Herr Rabe
- EA: **Herr Hofmann**, Frau Fischer
- Fraktionslos: Herr Hardel

Stadtverwaltung:

Oberbürgermeister, Herr Doht
Bürgermeisterin, Frau Lieske
Dezernentin, Frau Rexrodt
Leiter Büro OB, Herr Hartlep
Persönliche Referentin des OB, Frau Sachse
Pressestelle, Herr Wuggazer
Stellv. Amtsleiter Personalamt, Herr Zuschlag
Amtsleiterin Rechnungsprüfungsamt, Frau Kirschner
Amtsleiter Finanzverwaltung, Herr Hartmann
Amtsleiter Rechts- und Organisationsamt, Herr Strathmann
Referent für Verkehr und Umwelt, Herr Päsler
Amtsleiter Amt für Tiefbau und Grünflächen, Herr Schumann

- Gäste:**
- Frau Böhns, sachkundige Bürgerin
Herr Prof. Dr. Butscher, sachkundiger Bürger
Herr Dr. Schmidt, sachkundiger Bürger
Herr Jentsch, sachkundiger Bürger
Presse
Bürger

entschuldigt: Frau Mereuta – CDU-Fraktion – verhindert

Schriftführer: Frau Steffan
Frau Cott

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, eröffnet die 54. Sitzung des Stadtrates der Stadt Eisenach und begrüßt alle Anwesenden.

Die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung wird festgestellt. Dagegen werden keine Einwände erhoben.

Zu Beginn der Sitzung sind 35 Stadtratsmitglieder anwesend und 1 entschuldigt. Damit ist die Beschlussfähigkeit der Sitzung entsprechend § 36 Abs. 1 ThürKO festgestellt.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, gratuliert allen Stadträten, die zwischen der letzten und der heutigen Sitzung Geburtstag hatten.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, informiert, dass zwei Dringlichkeits-anträge vorliegen.

Die Dringlichkeitsvorlage – Investitionsprogramm Förderung von Investitionen in nationale UNESCO-Welterbestätten; hier: Wartburg – wurde bereits ausgereicht.

Die **Dezernentin, Frau Rexrodt**, begründet die Dringlichkeit der Beschlussvorlage.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, weist darauf hin, dass für die Aufnahme dieser Beschlussvorlage auf die Tagesordnung die Mehrheit von 2/3 der anwesenden Stadträte benötigt wird.

Abstimmung über die Dringlichkeit: 34 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen

Damit wird die Beschlussvorlage unter dem Tagesordnungspunkt 28 behandelt.

Der zweite Antrag – Unterstützung der Beschäftigten in der Automobil- und Zulieferindustrie sowie in weiteren Branchen bei der Verteidigung ihrer Arbeitsplätze – wurde von EA-Stadtratsfraktion gestellt.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, informiert, dass die Fraktionsvorsitzenden den Antrag schriftlich vorliegen haben.

Der **Fraktionsvorsitzende der EA-Stadtratsfraktion, Herr Hofmann**, begründet die Dringlichkeit des Antrages. Er bittet, den Dringlichkeitsantrag als Tagesordnungspunkt 5 auf die Tagesordnung zu setzen aufgrund der Aktualität und aus gesundheitlichen Gründen.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, gibt an, dass hier die gleichen Mehrheitsverhältnisse wie bei dem vorherigen Dringlichkeitsbeschluss erforderlich sind.

Abstimmung über die Dringlichkeit: 35 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen

Damit wird der Antrag unter dem Tagesordnungspunkt 4 a behandelt.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, erklärt, dass folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung zurückgezogen werden:

- TOP 14: 2. Änderungssatzung zur Entwässerungssatzung (EWS) der Stadt Eisenach; hier: Beratung und Beschlussfassung
- TOP 15: 7. Änderungssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung (BGS - EWS) der Stadt Eisenach
hier: Beratung und Beschlussfassung
- TOP 16: 2. Änderungssatzung zur Wasserversorgungssatzung (WVS) der Stadt Eisenach; hier: Beratung und Beschlussfassung
- TOP 17: 7. Änderungssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserversorgungssatzung (BGS - WVS) der Stadt Eisenach
hier: Beratung und Beschlussfassung

Der Tagesordnungspunkt 22 – Antrag der SPD-Stadtratsfraktion – Anwohnerparken im Bereich des gesamten Wohngebietes am Wartenberg – wird von der SPD-Stadtratsfraktion zurückgezogen, da er mit der Berichtsvorlage erledigt ist.

Da es keine weiteren Änderungen oder Ergänzungen gibt, stellt der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, fest, dass die geänderte Tagesordnung gilt.

Nr. 2 der TO: Einwohnerfragestunde

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, informiert, dass zwei Einwohneranfragen vorliegen.

Die Einwohneranfrage von Frau Wurzbacher-Müller (Reg.-Nr. 27/2009) wurde fristgemäß beantwortet und zu Beginn der Stadtratssitzung ausgereicht.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, erklärt, dass die Möglichkeit für die Antragsteller besteht, zwei Nachfragen zu stellen.

Frau Wurzbacher-Müller fragt, was es bedeutet, in die Prioritätenliste des Konjunkturpaketes II aufgenommen zu sein und ob man von der dringend erforderlichen Sanierung ausgehen kann oder nicht.

Die **Bürgermeisterin, Frau Lieske**, erklärt, dass die Kindertagesstätte „Dreiklang“ in der Prioritätenliste für Kindertagesstätten ganz oben steht, weil man sich einig war, dass in diesem Jahr hier etwas passieren muss. Es wurde immer nach Wegen gesucht, wie man es realisieren kann und deswegen wurde es in der Prioritätenliste auf die erste Stelle gesetzt. Frau Lieske informiert, dass es eine Aussage zur Größenordnung des Paketes gibt und jetzt überlegt wird, wie man in die Realisierung geht.

Die Einwohneranfrage von Frau Bernecker (Reg.-Nr. 28/2009) wurde fristgemäß beantwortet. Da Frau Bernecker zur Stadtratssitzung nicht anwesend ist, wird ihr die Beantwortung zugesandt.

Nr. 3 der TO: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Folgendes liegt in schriftlicher Form vor:

an die Fraktionsvorsitzenden

- Brief des Bündnisses gegen Rechtsextremismus Eisenach vom 10.02.2009
- Schreiben des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen – Forderungen des GSB Thüringen zur landesrechtlichen Umsetzung des Konjunkturpaketes II – per Email
- Schreiben des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen – Umsetzung des Konjunkturpaketes II in Thüringen – per Email
- Schreiben des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen – Konjunkturpaket II – per E-mail
- Schreiben der Finanzverwaltung – Haushaltssicherungskonzept 2008
hier: Erläuterung zu ergänzenden Fragen aus dem HFA vom 11.02.2009
- Berichtsvorlage – Vorläufiger Jahresabschluss (JA) für das Haushaltsjahr 2008
hier: Information zu Eckdaten

an die Stadtratsmitglieder

- Mitteilungen Deutscher Städtetag 01/09
- Regio-Takte Dezember 2008/Januar 2009, Februar 2009 und März 2009

**Nr. 4 der TO: Genehmigung der Niederschrift über die 53. Sitzung am
23. Januar 2009 – öffentlicher Teil**

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, erklärt, dass zur Niederschrift über die 54. Sitzung des Stadtrates am 23. Januar 2009 kein Änderungsantrag vorliegt.

**Abstimmung: 33 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 3 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr. 0755/2009

**TOP 4a der TO: Dringlichkeitsantrag der EA-Stadtratsfraktion – Unterstützung der
Beschäftigten in der Automobil- und Zulieferindustrie sowie in
weiteren Branchen bei der Verteidigung ihrer Arbeitsplätze**

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, verliert den Antrag, da dieser nur den Fraktionsvorsitzenden vorliegt.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, erklärt, dass man sich mit dem Inhalt des Antrages sehr wohl identifizieren kann. Für ihn war es ein aufmunterndes Zeichen, dass die Region zu Opel und diesem Automobilstandort steht. Er fand es symptomatisch zu sehen, wer alles auf dem Markt war. Er fand es ermutigend, aber auch tragisch. Es waren Gewerbetreibende, Fremdfirmen, Zulieferer, Einzelhändler, Unternehmer und sogar Diakonissinnen da. Daran sehe man deutlich, dass dieses Thema die ganze Region betrifft. Er glaubt, dass alle gemeinsam etwas tun müssen, den Standort Eisenach zu erhalten. Er gehört untrennbar hierzu. Er fragt, ob man den Eindruck hat, dass er zu wenig getan hat. Er gibt an, dass er fast alle seine Termine in der letzten Woche abgesagt hat und im ständigen Gespräch mit der Unternehmensleitung in Eisenach und in Rüsselsheim, mit dem Betriebsrat in Eisenach und dem Gesamtbetriebsrat, mit Landes- und Kommunalpolitikern ist. Er hat mehrfach mit dem Thüringer Wirtschaftsminister und der amtierenden Ministerpräsidentin gesprochen und er wartet seit vergangenem Freitag auf den Rückruf des Bundeswirtschaftsministers. Er will

deutlich sagen, dass man in Kontakt ist und versucht, alles in Bewegung zu setzen. Herr Doht verweist darauf, dass das die Aufgabe der Politik ist und wünscht sich einen Konsens darüber. Er macht deutlich, dass es nur Thüringer Geld geben kann, vielleicht auch mit Beteiligung des Bundes, wenn es eine deutliche Aussage zum Standort Eisenach gibt. Das muss so eingefordert werden. Er informiert über die gemeinsame Pressekonferenz von Herrn Forster, Herrn Demand und dem Betriebsratsvorsitzenden Herrn Franz. Er hat auf Initiative des Betriebsrates über Christoph Matschie Kontakt mit Frank Walter Steinmeier aufnehmen lassen. Er gibt an, dass Eisenach noch lange nicht in trockenen Tüchern ist. Er erklärt auch, dass ein Verkauf von Opel Eisenach nicht vom Tisch ist. Das Land Thüringen hat sich als das flexibelste Land in Bezug auf die Unterstützung erwiesen. Er gibt an, dass die Forderung sein muss, dass nicht nur eine Perspektive für den Standort Eisenach aufgebaut wird und nicht nur Opel Eisenach zu sehen ist, sondern auch die Fertigungstiefe, die auch in der Region vorhanden ist. Er macht auch deutlich, dass die Herstellung von Elektroautos zwar innovativ, aber im Moment noch kein Massenprodukt ist. In Eisenach braucht man aber ein Werk mit 1800 Arbeitsplätzen und nicht nur mit 400 Arbeitsplätzen. Dies müssten die Forderungen von Eisenach sein und man ist gemeinsam aufgefordert, auf allen Ebenen zu wirken. Er findet, dass der Eindruck nicht entstehen sollte, dass der Oberbürgermeister hierzu aufgefordert werden müsste. Man sollte hier keine Parteipolemik zulassen und Opel dürfte nicht Wahlkampfthema werden.

Die **Fraktionsvorsitzende der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion, Frau May**, findet, dass die Aktion auf dem Markt gezeigt hat, dass niemand zum Handeln aufgefordert werden muss. Es müsste eine Willenserklärung beschlossen werden, dass die Stadt Eisenach auch weiterhin hinter dem Arbeitskampf der Opelaner steht und dass man dort nicht nachlässt, bis eine passable Lösung gefunden wurde.

Das **Stadtratsmitglied, Herr Gentzel**, findet, dass man keine Willenserklärung machen sollte. Man sollte sich nicht benehmen, wie der Vorstand von GM, wo die Papiere über Stunden hin und her geschoben wurden und die Botschaft dabei verloren ging. Er findet den Dringlichkeitsantrag in der Sache in Ordnung. Er würde das ausdrücken, was der Stadtrat ausdrücken kann. Er ärgert sich darüber, dass man die parteipolitischen Sticheleien in dem Antrag nicht unterlassen konnte. Er gibt an, dass die Mitarbeiter von Opel momentan nichts mehr hassen, als den Versuch, parteipolitisch Honig aus dieser Krise zu saugen. Er gibt auch an, dass die Gewerkschaft und der Betriebsrat die Ministerpräsidentin und den Oberbürgermeister für ihr bisheriges Vorgehen gelobt haben. Er findet, dass dem Antrag mit richtig großer Mehrheit zugestimmt werden sollte und dann hätte man heute das getan, was man heute für Opel tun kann.

Der **Fraktionsvorsitzende der EA-Stadtratsfraktion, Herr Hofmann**, findet es nicht gut, dass nicht angesprochen wurde, welche Sticheleien oder Kritik hier gemeint war. Er verweist darauf, dass in dem Antrag das Wort „weiterhin“ steht. Er erklärt, dass hier nur zum Ausdruck kommen soll, dass das, was der Oberbürgermeister bisher gemacht hat, er auch weiterhin tun soll. Er sieht hier keine parteipolitischen Sticheleien.

Der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, ist der Meinung, dass der Irrtum dem geschuldet ist, dass der Antrag nicht allen vorliegt. Er findet, dass der Oberbürgermeister hier gar nicht kritisiert wird, sondern im Antrag auch indirekt zum Ausdruck kommt, dass sich der Oberbürgermeister in den letzten Wochen in der Sache Opel sehr gut verhalten hat und er für das nötige Standing der Stadt in diesem Punkt sorgt. Er ist der Meinung, dass der Stadtrat beim Thema Opel zusammenhalten muss. Er denkt, dass es darüber im Stadtrat keine Diskrepanz gibt. Man dürfe sich nicht unterschiedlichen Möglichkeiten verschließen, aber die unterschiedlichen Möglichkeiten werden daran zu messen sein, wieviel Arbeitsplätze sie sichern, auch bei Zulieferfirmen. Es könnte natürlich auch sein, dass es zu Umstrukturierungen kommt bei den Zulieferern. Für Herrn Köckert ist klar, dass es sich Eisenach nicht leisten darf, dass die Automobilindustrie sich von diesem Standort gänzlich verabschiedet. Die Priorität wäre, dass man im Gesamtverbund Opel mit

eingebunden bleibt und nicht ausgegliedert wird in eine ungewisse Zukunft. Im Falle einer Ausgliederung müsste die Zukunft klar verbürgt werden, sehr deutlich sein und sich am Bisherigen messen lassen. Herr Köckert gibt an, dass die Landesregierung in ihren Äußerungen immer deutlich gemacht hat, dass sie die Sache flexibel begleitet und auch bereit ist, ungewöhnliche Wege zu gehen. Er findet, dass dem Antrag zugestimmt werden sollte und man sich nicht weiter darüber streiten sollte.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise sind in Eisenach und Umgebung viele Arbeitsplätze gefährdet. Aktuelle Meldungen über einen Verkauf von Opel Eisenach lassen die Sorgen in der Region wachsen, bei Zuliefer- und Dienstleistungsbetrieben noch mehr als bei Opel selbst. Die Beschäftigten sehen sich zunehmend mit einer Situation konfrontiert, wo sie um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze und Entgelte kämpfen müssen. Die Betroffenen sollen wissen, dass der Stadtrat der Stadt Eisenach, der Oberbürgermeister und die ganze Stadt hinter ihnen stehen und ihre Protest- und Kampfaktionen unterstützen. Das hat bereits der Opel-Aktionstag am 26.02.2009 gezeigt. Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, weiterhin öffentlich und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln deutlich zu machen, dass die Stadt Eisenach voll und ganz auf der Seite der Belegschaften steht, die um die Erhaltung der Arbeits- und Lebensmöglichkeiten in der Region kämpfen und ihnen jede mögliche Unterstützung zukommen lässt.

**Abstimmung: 36 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0756/2009

Nr. 5 der TO: Haushaltssatzung der Stadt Eisenach mit den Anlagen für das Haushaltsjahr 2009 und Wirtschaftsplan des optimierten Regiebetriebes für das Wirtschaftsjahr 2009 hier: Beratung und Beschlussfassung

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 2 Stimmenthaltungen.

Der Ausschuss für Familie, Jugend, Soziales und Gesundheitswesen empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Stimmenthaltung.

Der Ausschuss für Bildung, Schule und Sport empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 3 Stimmenthaltungen.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 2 Stimmenthaltungen.

Der Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 4 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 5 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 2 Stimmenthaltungen.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, begründet die Beschlussvorlage.

Der **Fraktionsvorsitzende der BfE-Stadtratsfraktion, Herr Gottstein**, erklärt, dass das meiste, was der Oberbürgermeister gesagt hat, unwidersprochen hinzunehmen ist, weil es der Lage entspricht. Zu einigen Aussagen könnte man Nachfragen stellen, zum Beispiel ob die Leistungsfähigkeit der Stadt durch den Jahresabschluss bestimmt wird, wie es der Kämmerer im Haupt- und Finanzausschuss gesagt hatte. Er ist der Meinung, dass trotzdem das kritisiert werden muss, was zu kritisieren ist. Nach wie vor steht die BfE-Stadtratsfraktion dem Haushaltsentwurf sehr kritisch gegenüber. Eine absolut ausgereizte Kreditaufnahme,

die der Stadt so gut wie keine Spielräume ermöglicht, ein Haushaltsdefizit für 2008 von immer noch ca. 4 Mio. €, welches auch im Jahr 2010 ausgeglichen werden muss, wobei sich die finanziellen Zuweisungen des Landes ab dem Jahr 2010 drastisch verringern werden. Die kaum mehr zu realisierenden Steuereinnahmen sind nach Ansicht von Herrn Gottstein Grund genug, den Haushaltsentwurf abzulehnen. Er erklärt, dass aber auch einige Schritte in die richtige Richtung getan wurden, so zum Beispiel die komplette Refinanzierung des Jahresabschlusses 2007. Weiterhin wurde, vor allem durch die Forderung der Opposition, ein MRT-Gutachten vorgelegt, welches die Situation des optimierten Regiebetriebes und der Beteiligungsgesellschaften auf eine wirtschaftliche/ wissenschaftliche Grundlage stellt. Nach seiner Ansicht reicht es aber nicht, dies nur zur Kenntnis zu nehmen. Deshalb wurde aus den Reihen der Opposition massiv nachgefragt und es wurde die Forderung gestellt, dieses Gutachten endlich mit Vorschlägen durch die Verwaltung zu hinterlegen. Auch hier wäre man einen Schritt weiter gekommen. Über die Umsetzung des Haushaltskonzeptes kann sich jeder seine eigene Meinung bilden. Herr Gottstein geht auf die Verbesserungsvorschläge zum Haushalt durch seine Fraktion ein. Eine Kosteneinsparung wäre durch den Antrag „Nette Toiletten“ erreichbar. Weiterhin erinnert er an das Abstimmungsverhalten bei der Vorlage zur Angleichung der Gebühren im Rahmen des Parkraumkonzeptes. Nur durch die Stimmen der BfE-Fraktion wäre die Vorlage durch den Stadtrat gegangen. Damit konnte eine Kosteneinsparung insgesamt von 80.000 € erreicht werden. Weiterhin erklärt er, dass durch massive Nachfragen zur Finanzierung Ausbau Blumengeschäft und der ganzen Gestaltung, Investition auf dem Friedhof der Grundstein gelegt wurde und die Maßnahme letzten Endes durch den Hauptausschuss auf Eis gelegt wurde. Das Gutachten der MRT würde eindeutig beweisen, dass dies der richtige Schritt war. Das führte zu einer Einsparung von 180.000 €. Er findet, dass man der BfE-Fraktion, als 3-Personen-Fraktion in der Opposition, nicht den Vorwurf machen könnte, dass sie sich keine Gedanken machen würden. Er gibt an, dass ihn auch Fragen zu den Alternativen beschäftigen. In dieser schwierigen Zeit wäre es wichtig, mit einer gemeinsamen Stimme zu sprechen und Ressourcen und Möglichkeiten freizulenken. Er ist der Meinung, dass die Stadtverwaltung in dieser Zeit nicht mit der Erstellung eines dritten Haushaltsplanes beauftragt werden sollte, da das kein gutes Signal nach außen ist. Aus diesem Grund möchte die Fraktion den Haushalt nicht blockieren und wird sich geschlossen enthalten, auch in dem Wissen, dass durch das Konjunkturpaket II in nächster Zukunft ein Nachtragshaushalt gemacht werden muss.

Das **Stadratsmitglied, Herr Schenke**, fragt Herrn Gottstein, wie sich seine Stellung als Dezernent mit der Oppositionsrolle vereinbart.

Der **Fraktionsvorsitzende der BfE-Stadratsfraktion, Herr Gottstein**, erklärt, dass er als ehrenamtlicher Beigeordneter berufen wurde. Weiterhin würde es zu seiner Pflicht gehören, Sachen, die so nicht laufen dürfen, kritisch zu hinterfragen. Dies wäre sein absolutes Recht. Durch die Ablehnung des ersten Entwurfs wären auch viele richtige Schritte für den zweiten Entwurf gemacht wurden. Er versteht dies als seine Pflicht als Stadratsmitglied und als ehrenamtlicher Beigeordneter.

Die **Fraktionsvorsitzende der DIE LINKE.-Stadratsfraktion, Frau May**, ist verwundert, zu hören, dass es ein großes Ereignis war, dass durch eine Stimme der DIE LINKE.-Fraktion die erste Einbringung abgelehnt wurde. Sie gibt an, dass man sich noch einmal mit dem Haushalt beschäftigt hat und dieser nun auch ausgeglichen ist, auch durch eine Kreditaufnahme von 3,5 Mio. €. Dieser Betrag müsste auch zurückgezahlt werden. Es müsste irgendwann eine Lösung geben, auch die strukturellen Defizite, die jährlich durch die Kreisfreiheit entstehen, langfristig in Angriff zu nehmen und hier andere Prämissen zu setzen, um auch das strukturelle Defizit zu beseitigen. Dieses hätte dazu geführt, dass man in die negativen Bilanzen gekommen ist und sich der Vermögenshaushalt nach und nach drastischer aufgezehrt hat. Sie gibt an, dass das Gutachten der MRT nicht nur zur Kenntnis genommen wurde, sondern sich damit auch intensiv im Hauptausschuss auseinandergesetzt wurde. Sie erklärt, dass ihre Fraktion zu 11 Punkten Anfragen, Vorschläge und Ergänzungen gemacht hat. Sie geht davon aus, dass ihre Fraktion die Einzige war, die sich

so intensiv damit beschäftigt hat. Sie denkt, dass man mit diesem Haushalt und dem Konjunkturpaket das Jahr ganz gut über die Bühne bekommt. Sie erklärt, dass die Fraktion dem Haushalt zustimmen wird.

Das Stadtratsmitglied, Frau Fischer, verliest ein Gedicht von Erich Kästner.

Der Fraktionsvorsitzende der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Herr Schweßinger, erklärt, dass sich, insbesondere durch Mehreinnahmen in der Einkommenssteuer, das Haushaltsvolumen nochmals um ca. 600.000 € auf 1,3 Mio. € erhöht. Dadurch könnte man nun das Haushaltsdefizit aus 2007 in Gänze begleichen. Der vorliegende Haushaltsentwurf ist, wie vorgeschrieben, ausgeglichen, enthält aber weiterhin Risiken. Er gibt an, dass diese Risiken in der Dezembersitzung erläutert wurden. Der jetzt vorliegende Entwurf wäre kein Traumhaushalt, aber man könnte den noch verbliebenen geringen Gestaltungsspielraum auch bei den freiwilligen Aufgaben nutzen. Er erklärt, dass seine Fraktion dem Haushalt wieder zustimmen wird, damit Planungssicherheit für 2009 entsteht und den Vereinen und Trägern sozialer, kultureller und sportlicher Maßnahmen die finanziellen Mittel ausgezahlt werden können. Er gibt weiter an, dass ein beschlossener Haushalt Bedingung für den Erhalt von Mitteln aus dem Konjunkturpaket II ist und man sich die 5,2 Mio. € nicht entgehen lassen sollte.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert, erklärt, dass es auch gute Nachrichten gibt. Die Welt wäre nach dem nicht beschlossenen Haushalt im Dezember nicht untergegangen, so wie es von Herrn Levknecht prophezeit wurde, als er meinte, die Stadt würde handlungsunfähig. Damit hätte Herr Levknecht ein Stück Unwissenheit über den Haushaltsvollzug nachgewiesen. Er gibt an, dass es auch gut ist, dass das Defizit des vergangenen Jahres mit 3 Mio. € nicht ganz so groß war, wie erwartet. Dies wäre ein gewisser Schritt nach unten, wenn es auch ein Defizit bleibt, welches uns in den Folgejahren bei Haushaltsabschlüssen sehr belasten wird. Weiterhin sieht es Herr Köckert positiv, dass das Defizit für das Jahr 2007 mit diesem Haushalt geschlossen werden konnte. Dass der Haushalt im Dezember nicht beschlossen wurde, hätte auch dazu geführt, dass sich der Stadtrat und der Haupt- und Finanzausschuss so intensiv, wie in den letzten Jahren noch nie, mit der Haushaltsmaterie und mit einzelnen Problemen des Haushaltes beschäftigt haben. Die Verwaltung musste sich nun auch damit beschäftigen. Er erklärt, dass man sich vier Punkte besonders vorgenommen hat. Zum einen wurden die freiwilligen Ausgaben geprüft. Es wurde dort festgestellt, dass, wenn dort Einsparungen erfolgen müssen, das Kraut dadurch nicht fett werden würde, weil ein großer Teil der freiwilligen Ausgaben über Jahre vertraglich gebunden ist, vor allem das Theater mit knapp 2 Mio. €. Er geht davon aus, dass, wenn Einschnitte bei den freiwilligen Ausgaben gemacht werden würden, größere Probleme an anderen Stellen auftauchen. Die Diskussion wird, nach Ansicht von Herrn Köckert, interessant bleiben, aber es wird nicht die Lösung sein, um einen Haushalt zu konsolidieren. Es wäre schlimm, wenn, bei einer weiter problematischen Haushaltsführung in der Zukunft, ein Kommissar ins Haus gestellt werden würde, der die freiwilligen Ausgaben konsequent nicht genehmigen wird, wie es aus Städten wie Weimar und anderen bekannt ist. Der zweite Bereich, der näher betrachtet wurde, waren die über- und außerplanmäßigen Ausgaben des vergangenen Jahres. Er gibt an, dass es nach der Sommerpause kaum eine Sitzung gab, in der keine Extraausgaben beschlossen wurden, die so nicht im Haushalt veranschlagt waren. Ein großer Teil der Ausgaben lag im Sozialbereich als gesetzliche Leistung und war damit unabweisbar. Allerdings gab es auch einige Ausgaben, bei denen man sich fragen musste, ob diese sein mussten. Dies wäre nicht nur im Verwaltungshaushalt gewesen, sondern hätte besonders im Vermögenshaushalt zu Buche geschlagen. Im Vermögenshaushalt konnten aber alle überplanmäßigen Ausgaben gedeckt werden. Aus diesem Grund wären diese Ausgaben einfach so durchgegangen. Herr Köckert denkt, dass man in Zukunft darauf achten sollte, ob man nicht auch bei über- oder außerplanmäßigen Ausgaben im Vermögenshaushalt erst noch mal durch die Sparbrille schaut, bevor man sie bewilligt, auch wenn eine Deckung nachgewiesen werden kann. Des Weiteren hat sich die Fraktion näher mit dem Haushaltssicherungskonzept beschäftigt. Er gibt an, dass dieses

Konzept vom Bündnis beschlossen wurde, aber dann in den Einzelpunkten nicht vom Bündnis getragen und umgesetzt wurde. Herr Köckert findet das Ergebnis des Haushaltssicherungskonzeptes bestürzend, weil man derzeit bei ca. 80.000 € bis 90.000 € als Ergebnis ist und nicht bei der angestrebten knappen 1 Mio. €. Auch bei weiterer Umsetzung würden keine großen Einsparungen mehr zu Buche schlagen. Deshalb stellt sich für Herrn Köckert die Frage, wie ernst die Rede von Frau May zu nehmen ist, die zur Strukturüberprüfung der städtischen Gesellschaften sagte, dass sie die Umsetzung dieses Gutachtens weiter unterstützen würden. Bei dem Haushaltssicherungskonzept wäre die Unterstützung meist ausgeblieben. Beim Haushaltssicherungskonzept stellt sich die Frage, ob die Verwaltung nicht fortschreiben muss. Herr Köckert geht davon aus, dass das Landesverwaltungsamt bei der Genehmigung des Haushaltes eine Fortschreibung fordern wird. Weiterhin wurde sich mit dem Gutachten zur Strukturüberprüfung der städtischen Gesellschaften beschäftigt. Nach diesem Gutachten besteht an verschiedenen Punkten Handlungsbedarf. Es gäbe sogar Punkte, wo man schnell handeln könnte und eventuell noch im Haushalt dieses Jahres ein Vorteil erreicht werden könnte. Er legt dar, dass im Regiebetrieb erst einmal konsequent daran gearbeitet werden muss, die Sachverhalte und die dahinter stehenden Leistungen und Kosten darzustellen. Er denkt, dass man sich erst ab dem Herbst näher mit dem Regiebetrieb beschäftigen kann. Es gäbe allerdings andere Punkte, die schnell zu realisieren sind, zum Beispiel die Frage, ob man das Heizungsleitungsnetz im Gewerbegebiet Stedtfeld, was momentan vermietet wird, nicht an den Betreiber verkaufen kann. Hier könnten einige 100.000 € eingespart werden, die den Haushalt entlasten könnten. Herr Köckert war in der Besprechung zum Strukturkonzept verwundert über die Passivität des Oberbürgermeisters. Das Gutachten lag der Verwaltung Anfang Januar vor. Die Verwaltung hätte bereits anfangen können, Vorschläge zu machen, was als nächstes umgesetzt werden kann und welche Prioritäten zu setzen sind. Stattdessen musste ein Beschluss eingefordert werden, nach dem die Verwaltung beauftragt wurde, die Empfehlungen der MRT zu prüfen. Er fragt sich, weshalb man ein Gutachten anfertigen lässt, um sich dann noch 1 ½ Monate später beauftragen zu lassen, nun auch mit dem Gutachten etwas anzufangen. Dies könnte sich in der freien Wirtschaft niemand leisten. Herr Köckert findet die Frage nach der Strukturüberprüfung in der Verwaltung selbst auch sehr interessant. Diese Frage wäre aber nicht durch den Stadtrat zu leisten. Er denkt, dass es auch in der Struktur der städtischen Verwaltung einige Einsparungsmöglichkeiten gibt. Herr Köckert erklärt, dass sich die Fraktion nicht mit einer Nein-Stimme dem Haushalt entgegenstelle wird. Er geht davon aus, dass die Situation im Laufe dieses Haushaltsjahres nicht besser wird. Die Schwachpunkte wurden in den letzten zwei Monaten analysiert. Er kündigt an, dass die Opposition genau auf diese Punkte in den nächsten Monaten drängen wird und darauf achten wird, dass die Dinge angegangen werden und nicht manches wieder im Sande verläuft. Er geht davon aus, dass, wenn man mit dem Haushalt noch ein oder zwei Monate wartet, ein Nachtragshaushalt mit dem Komplettpaket nicht mehr möglich ist. Er fände das nicht verantwortlich für die Stadt und auch nicht für diejenigen, die von dem Konjunkturpaket profitieren. Deshalb wird die Fraktion den Haushalt nicht aufhalten, da man der Meinung ist, dass man sich fit machen muss, diesen Haushalt im Konjunkturpaket zu halten. Weiterhin wird man dem Oberbürgermeister auf den Fersen bleiben, was die Umsetzung der Einsparnotwendigkeiten betrifft. Hier müsste einiges an Tempo zugelegt werden, wenn man die Defizite nicht weiter aufhäufen möchte.

Die **Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Frau Winter**, erklärt, dass etwas Gutes herausgekommen ist. Sie gibt an, dass im Hauptausschuss alle zusammen gesessen haben und beratschlagt haben, wie man aus dieser schlechten Lage doch noch eine gute Lage machen kann. Die Lage wäre nicht besser geworden, da keiner zaubern kann, aber man konnte die freiwilligen Leistungen erhalten. Es wird ein Haushalt gebraucht. Sie findet, dass man den Bürgern der Stadt keinen dritten Versuch für einen Haushalt antun darf. Sie dankt denjenigen, die zustimmen und denjenigen, die sich enthalten.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

1. die Haushaltssatzung mit den Anlagen für das Haushaltsjahr 2009 und den Wirtschaftsplan des optimierten Regiebetriebes für das Wirtschaftsjahr 2009 mit folgenden Eckdaten:

A. Haushaltssatzung der Stadt Eisenach

Das Haushaltsvolumen wird wie folgt festgesetzt:

		- € -
Verwaltungshaushalt in Einnahmen und Ausgaben	82.515.126	
Vermögenshaushalt in Einnahmen und Ausgaben	20.498.946	
Gesamthaushalt in Einnahmen und Ausgaben	103.014.072	

Die **Zuführung** vom **Verwaltungs-** an den **Vermögenshaushalt** beträgt **3.866.657 €**.

Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen zur Finanzierung von Ausgaben des Vermögenshaushaltes wird auf 3.500.000 € festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 1.460.300 € festgesetzt.

Der Höchstbetrag der **Kassenkredite** wird auf **13.000.000 €** festgesetzt.

Die **Hebesätze der Gemeindesteuern** bleiben unverändert.

Der dem Haushalt als Anlage beigefügte **Stellenplan** wird beschlossen.

B. Wirtschaftsplan des optimierten Regiebetriebes

Das Volumen des Wirtschaftsplanes wird wie folgt festgesetzt:

		- € -
Erfolgsplan	im Ertrag	13.971.100
	im Aufwand	14.364.700
	Fehlbetrag	393.600
Vermögensplan Einnahme und Ausgabe		889.867

Eine **Kreditaufnahme** wird nicht festgesetzt.

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht festgesetzt.

Der Höchstbetrag der **Kassenkredite** wird auf 1.000.000 € festgesetzt.

2. die in den Anlagen 1 und 2 aufgeführten Änderungen zum Entwurf des Haushaltes 2009 als Bestandteil des Haushaltsbeschlusses,
3. einen Prüf-/ Sperrvermerk für die Haushaltsstelle 61500.94022 – Sanierung Toilettengebäude Johannisplatz. Der Haupt- und Finanzausschuss wird zur Aufhebung des Sperrvermerkes ermächtigt.

Abstimmung: 19 Stimmen dafür
 2 Stimmen dagegen
 15 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr. 0757/2009

Nr. 6 der TO: Eisenach - Wartburgregion Touristik GmbH (EWT)

hier: Bereitstellung von Finanzmitteln für den Umzug der
Tourismus-Information in das Stadtschloss

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Die Bereitstellung von Finanzmitteln für das Vorhaben „Umzug der Tourismus-Information der EWT in das Stadtschloss“ in Höhe von 20.000,00 EUR in der Haushaltsstelle 79040.71500 und in Höhe von 20.000,00 EUR in der Haushaltsstelle 61500.94008 im Haushalt 2009.

Abstimmung: 30 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 2 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr. 0758/2009

**Nr. 7 der TO: 12. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Eisenach
hier: Beratung und Beschlussfassung**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, weist darauf hin, dass für die Änderung der Hauptsatzung die Mehrheit aller Mitglieder des Stadtrates erforderlich ist, dass heißt 19 Stimmen.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
Die 12. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Eisenach.**

Abstimmung: 31 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 2 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0759/2009

**Nr. 8 der TO: Übernahme der Richard-Wagner-Sammlung der Deutschen
Richard-Wagner-Gesellschaft e.V. als Dauerleihgabe für das
Thüringer Museum Eisenach**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
die Verhandlungen zur Übernahme der Richard-Wagner-Sammlung der Deutschen
Richard-Wagner-Gesellschaft e.V. abzuschließen und zum nächstmöglichen Zeitpunkt
den entsprechenden Vertragsentwurf vorzulegen.**

Abstimmung: 31 Stimmen dafür
 1 Stimme dagegen
 1 Stimmenthaltung

Beschluss-Nr.: 0760/2009

**Nr. 9 der TO: 4. Änderung der Gebührensatzung der Stadtbibliothek Eisenach
hier: Einbringung**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Der Stadtrat der Stadt Eisenach nimmt den als Anlage beigefügten Entwurf der 4. Änderungssatzung zur Gebührensatzung der Stadtbibliothek Eisenach zur Kenntnis und verweist ihn zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus, in den Ausschuss für Bildung, Schule und Sport sowie in den Haupt- und Finanzausschuss.

**Abstimmung: 34 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0761/2009

Nr. 10 der TO: Flächennutzungsplan der Stadt Eisenach
hier: 1. Billigung des Entwurfs Stand 12/2008 mit Begründung und Umweltbericht
2. Beschluss über die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 BauGB und der Behörden gem. § 4 BauGB

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 6 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 1 Stimmenthaltung.

Der Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 9 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussvorlage mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 2 Stimmenthaltungen.

Die **Dezernentin, Frau Rexrodt**, begründet die Beschlussvorlage.

Der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, erklärt, dass es sich hier um einen fast genauso wichtigen Teil eines späteren Gesamtbeschlusses handelt, wie man ihn bei einem Haushalt hat. Der Haushalt gilt nur für ein Jahr, der Flächennutzungsplan soll die Stadt die nächsten 15 Jahre begleiten. Er informiert, dass die Erarbeitungszeit schon seit 1996/1997 lief, 2001/2002 unterbrochen wurde und nun wieder aufgenommen wurde. Die Stadt Eisenach wäre die einzige kreisfreie Stadt, die noch keinen Flächennutzungsplan hat. Insofern hält er es für wichtig, dass man in dieser Sache jetzt weiterkommt. Die betroffenen Ausschüsse haben sich mit Sonderfragen beschäftigt, zum Beispiel mit der Ausweisung von Wohnbauflächen und Gewerbeflächen. Hier mussten die Planungen der 90er Jahre eingefangen werden und der wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung angepasst werden. Er gibt an, dass Sondergebiete nicht besprochen wurden, wie sie jetzt im B-Plan zu finden sind. Er findet die Möglichkeit, dass der Flächennutzungsplan digitalisiert auf den Bildschirm geholt werden kann, einen großen Vorteil, der genutzt werden sollte. Er war überrascht über das Sondergebiet Solar für den Bereich Palmental. Jetzt wäre das große Geheimnis gelüftet, warum der Oberbürgermeister vor über einem Jahr das Geld zum Fenster rauschmiss für den Ankauf dieses Grundstückes mit noch nicht abwägbaren Folgekosten. Er kündigt an, dass man sich wieder melden wird, wenn es um die Gestaltung dieses Grundstückes geht. Er denkt, dass es ein wichtiger Punkt ist, für den sich Herr Köckert zunächst bei Herrn Päsler, und später auch bei anderen Fachleuten, Rat holen wird, wie man in einer Flussauwe, die in den Übergangszeiten sehr mit Nebel umhüllt ist, sinnvollerweise Solaranlagen einbringt. Er findet, dass das zeigt, dass man bei einigen Sachen schon noch einmal genauer hinschauen muss. Um die Einspeisung zu ermöglichen, müsste auch über den Teil Palmental ein Bebauungsplan drüber gelegt werden nach dem Energieeinspeisegesetz, damit derjenige, der dort Solaranlagen errichten will, auch die Einspeisevergütung bekommt. Das wäre dann der zweite B-Plan, der zum Nutzen eines

privaten Investors erstellt wird, wenn nicht die Verwaltung selbst als Investor für Solaranlagen dienen will. Er empfiehlt den Beschluss und hofft, dass man im Herbst zu einer zügigen Weiterberatung kommt.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

- 1. Der Stadtrat billigt den Entwurf des Flächennutzungsplanes mit Umweltbericht Stand 12/2008 (Anlagen)**
- 2. Der Stadtrat beschließt die Einleitung der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB.**

Abstimmung: **35 Stimmen dafür**
 0 Stimmen dagegen
 1 Stimmenthaltung

Beschluss-Nr.: 0762/2009

Nr. 11 der TO: Bebauungsplan der Stadt Eisenach Nr. 43 „Eisenach- Arena“

hier: Satzungsbeschluss - Beratung und Beschlussfassung

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 6 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 1 Stimmenthaltung.

Der Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussvorlage mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 2 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

- unter Verzicht auf eine zweite Beratung nach § 15 Abs. 2 der Geschäftsordnung -

- 1. den Bebauungsplan der Stadt Eisenach Nr. 43 für das Sondergebiet für Kultur und Freizeit „Eisenach - Arena“, bestehend aus dem Teil A – Planzeichnung und dem Teil B - Textfestsetzungen, gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung.**
- 2. Die Begründung inklusive dem Umweltbericht zum Bebauungsplan wird gebilligt.**

Abstimmung: **34 Stimmen dafür**
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0763/2009

Nr. 12 der TO: Operationelles Programm der Stadt Eisenach „Infrastrukturmaßnahmen historische Innenstadt und Tor zur Stadt“ zur Förderung im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) im Förderzeitraum 2007-2013

Ent-

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussvorlage mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der **Fraktionsvorsitzende der EA-Stadtratsfraktion, Herr Hofmann**, stellt den Antrag auf Rückverweisung der Vorlage in die Ausschüsse und begründet seinen Antrag.

Die **Dezernentin, Frau Rexrodt**, begründet die Beschlussvorlage.

Abstimmung über den Antrag auf Verweisung der Beschlussvorlage in die Ausschüsse:

3 Stimmen dafür
28 Stimmen dagegen
4 Stimmenthaltungen

Damit ist der Antrag auf Verweisung in die Ausschüsse abgelehnt.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
das operationelle Programm der Stadt Eisenach „Infrastrukturmaßnahmen historische Innenstadt und Tor zur Stadt“ (Anlage 1) zur EFRE-Förderung im Förderzeitraum 2007-2013.

Abstimmung: 34 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 2 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0764/2009

Nr. 13 der TO: **Bereitstellung von Finanzmitteln zum Grundstückskauf zur Busbereitstellung im Stadtumbaugebiet „Oststadt“**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussvorlage mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
die Bereitstellung von Finanzmitteln für das Vorhaben Grundstückskauf zur Busbereitstellung im städtebaulichen Entwicklungsprojekt „Tor zur Stadt“, vorgezogene Maßnahme Infrastrukturelle Erschließung „Eichrodter Weg“ im Umstrukturierungsgebiet „ehemaliger Güterbahnhof“ im Stadtumbaugebiet „Oststadt“ in Höhe von 670.800,00 € in der Haushaltsstelle 61512.93220 im Haushalt 2009, vor-behaltenlich der Bewilligung der Fördermittel bei der Haushaltsstelle 61512.36120.

Abstimmung: 36 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0765/2009

Nr. 14 der TO: **2. Änderungssatzung zur Entwässerungssatzung (EWS) der Stadt Eisenach**
 hier: Beratung und Beschlussfassung

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung zurückgezogen.

Nr. 15 der TO: **7. Änderungssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung (BGS - EWS) der Stadt Eisenach**
 hier: Beratung und Beschlussfassung

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung zurückgezogen.

Nr. 16 der TO: 2. Änderungssatzung zur Wasserversorgungssatzung (WVS) der Stadt Eisenach
hier: Beratung und Beschlussfassung

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung zurückgezogen.

Nr. 17 der TO: 7. Änderungssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserversorgungssatzung (BGS - WVS) der Stadt Eisenach
hier: Beratung und Beschlussfassung

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung zurückgezogen.

Nr. 18 der TO: Bereitstellung von Finanzmitteln für den Neubau der Brücke über die Hörsel im Zuge der Mühlhäuserstraße

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussvorlage mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
die Bereitstellung von Finanzmitteln für den Neubau der Brücke über die Hörsel im Zuge der Mühlhäuser Straße in Höhe von 440.000,000 € aus dem Vermögenshaus-halt 2009, HH-Stelle 63380.96030.

Abstimmung: 34 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
2 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0766/2009

Nr. 19 der TO: Baumaßnahme Erneuerung der Adam-Opel-Straße, 2. BA
hier: Bereitstellung von Finanzmitteln

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussvorlage mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 2 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
die Bereitstellung von Finanzmitteln für das Vorhaben „Erneuerung der Adam-Opel-Straße, 2. BA“ in Höhe von 30.000,00 € in der Haushaltsstelle 63000.93215 und in Höhe von 2.327.610,00 € in der Haushaltsstelle 63000.96015 im Haushalt 2009, vorbehaltlich der Bewilligung der Fördermittel bei der Haushaltsstelle 63000.36115.

Abstimmung: 35 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
1 Stimmenthaltung

Beschluss-Nr.: 0767/2009

**Nr. 20 der TO: Bereitstellung von Finanzmitteln für die Nicolaus-Otto-Straße
Verkehrsanbindung des GI/GE „Auf dem Gries“ zur Stedtfelder
Straße**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussvorlage mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
die Bereitstellung von Finanzmitteln für das Vorhaben Nicolaus–Otto-Straße
Verkehrsanbindung des GI/GE „Auf dem Gries“ zur Stedtfelder Straße in Höhe von
200.000,00 € in der Haushaltsstelle 63380.96070.**

**Abstimmung: 34 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0768/2009

**Nr. 21 der TO: Gutachtenbeauftragung
hier: Bereitstellung der Finanzmittel**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussvorlage mit 6 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 1 Stimmenthaltung.

Der **Vorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, findet, dass es nur knapp an einem Skandal vorbei ist, dass es so lange dauert, bis diese Problematik in die Zielkurve kommt. Nachdem die Problematik vor über einem Jahr aufgetaucht ist und sich verschärft hat durch die Beschlussfassung dieses Stadtrates, bei dem es nun unterschiedliche Garagenpachten quer durch das Stadtgebiet gibt und es offensichtlich den Vertretern der Fraktion mit dem Oberbürgermeister an der Spitze im Aufsichtsrat nicht gelungen ist, mit der SWG in Eisenach ein Einvernehmen zu erzielen zur Ortsüblichkeit der Garagenpachten. Nun müssten hier Gelder frei gelenkt werden für dieses Gutachten, da man sonst offensichtlich nicht zu einem Ergebnis kommt. Der Meinung der Dezernentin, dass man jetzt viel Zeit hätte, da Herr Wagner, der Geschäftsführer der SWG, den Pächtern, die sich bisher weigern, versprochen hat, die Gelder nicht zu erheben. Er findet, dass die Bürger einen Anspruch auf Rechtssicherheit haben und es wundert ihn, wie lange es schon dauert, bis man an diesem Punkt angelangt ist, wo ein Gutachten beauftragt werden kann. Er bittet die Verwaltung, sobald die anderen beiden Gutachterangebote vorliegen, zügig zu entscheiden. Die Leuten hätten Anspruch darauf abschließend und endgültig zu erfahren, was sie seit einem Jahr beschäftigt.

Die **Dezernentin, Frau Rexrodt**, stellt klar, dass sie nicht gesagt hat, dass man alle Zeit der Welt hätte. Nachdem Herr Köckert den Oberbürgermeister kritisiert hatte, wie lange es noch dauert, hätte sie zur Kenntnis gegeben, dass man längst drei Angebote eingeholt hat und einer der Gutachter verstorben ist. Daraufhin mussten zwei neue Angebote eingeholt werden. Sie hätte nur gesagt, dass dieser Zeitverzug im Moment keine Not bringt, da derzeit keine Zahlungen verlangt werden. Es wurden wieder zwei Gutachter angeschrieben, beide Gutachter haben es abgelehnt, Gutachten zu erstellen. Es wurden sofort wieder zwei Gutachter aufgefordert, mit diesen wurde auch telefoniert, ob sie bereit sind, das Gutachten zu erstellen. Die Gutachter haben dies signalisiert. Der Oberbürgermeister wird den Auftrag unverzüglich auslösen, wenn heute der Beschluss gefasst wird.

Die **Vorsitzende der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion, Frau May**, hatte auch ein Problem mit dieser Sache. Sie fragt sich, warum man Geld für ein Gutachten ausgeben soll, wenn es doch gesetzliche Regelungen gibt. Sie hatte das auch im Aufsichtsrat der SWG

angesprochen, aber dort wurde es immer vom Tisch diskutiert. Frau May geht davon aus, dass sich die Forderung der SWG auf eine Aussage eines Gutachterausschusses, wonach weder Vergleichswerte noch ortsübliche Nutzungsentgelte für Garagen-stellplätze vorgelegen haben in der Stadt Eisenach bezieht. Die Aussage des Gutachterausschusses kann, ihrer Meinung nach, nicht akzeptiert werden, denn Untersuchungen würden zeigen, dass es sehr wohl in entsprechenden Eisenacher Stadtteilen vergleichbare Garagengrundstücke mit den gleichen Bodenrichtwerten gibt. Im Südviertel wären hier die städtischen Garagengrundstücke in der Markwitzstraße, Erich-Honstein-Straße und der Prellerstraße vergleichbar, in der Oststadt würde das auf das städtische Garagengrundstück am Köpping zutreffen. Für die SWG-Grundstücke am Schlossberg wäre das städtische Garagengrundstück „Alter Friedhof“ vergleichbar. Nach § 3 Abs. 3 der Nutzungsentgeltverordnung dürfte nicht, wie geschehen, die Bodenwertverzinsungsmethode zur Ermittlung der ortsüblichen Nutzungsentgelte zu Grunde gelegt werden, sondern es wäre die Vergleichsmethode anzuwenden. Danach würde das ortsübliche Nutzungsentgelt bei 75 €/Jahr liegen. Ihre Fraktion geht davon aus, dass die von der SWG erhobenen, teilweise wesentlich höheren, Nutzungsentgelte nicht aufrecht erhalten werden können. Aufgrund zahlreicher Widersprüche gegen das höhere Nutzungsentgelt, hat die SWG im Nachhinein drei angeblich vergleichbare Garagen benannt, für die noch das überhöhte Nutzungsentgelt bezahlt wurde. Eine Überprüfung der drei Garagen hätte aber ergeben, dass deren Benennung nicht den Erfordernissen der Nutzungsentgeltverordnung entspricht. Nach § 3 Abs. 2 der Verordnung sind nur solche Nutzungsentgelte ortsüblich, die nach dem 02. Oktober 1990 vereinbart wurden. Bei den benannten Grundstücken wäre nichts vereinbart wurden, sondern es wäre aufgrund eines einseitigen Erhöhungsverlangens der SWG erhoben wurden. Sie geht davon aus, dass die Bescheide der SWG nicht dem Nachweis der Ortsüblichkeit entsprechen. Sie erklärt, dass es eigentlich gesetzliche Regelungen gibt, nach dem das überprüft und entschieden werden muss. Ihrer Ansicht nach muss man hierfür keine 3.000 € für ein Gutachten ausgeben. Dieses Geld könnte man sparen, wenn man sich mit der Sache mal gründlich beschäftigt hätte.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
die Bereitstellung von Finanzmitteln für die Maßnahme: Erstellung eines Gutachtens zur Feststellung der Ortsüblichkeit der Höhe der Nutzungsentgelte für Garagengrundstücke in der Stadt Eisenach (Kernstadt und Ortsteile) in Höhe von 3.000,00 € in der Haushaltsstelle 88000.65500 im Haushalt 2009.**

**Abstimmung: 19 Stimmen dafür
 12 Stimmen dagegen
 4 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0769/2009

Nr. 22 der TO: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion – Anwohnerparken im Bereich des gesamten Wohngebietes am Wartenberg

Der Antrag wurde von der Tagesordnung zurückgezogen. Der Antrag ist mit der Berichtsvorlage erledigt.

Nr. 23 der TO: Antrag der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion – Berichtsvorlage zur Fortschreibung und Ergänzung des Sozialplanes

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Verweisung des Antrages in den Ausschuss für Familie, Jugend, Soziales und Gesundheitswesen mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Herr Schenke begründet den Antrag.

Den **Vorsitzende der BfE-Stadtratsfraktion, Herr Gottstein**, stimmt es nachdenklich, wenn Herr Schenke als Ausschussvorsitzender des Sozialausschusses jetzt nach 5 Jahren diese Frage stellt. Er fragt sich, wie Herr Schenke dort seine führende Position versteht. Man könnte sich nicht nach 5 Jahren hinstellen und fragen, wo es bleibt, wenn man an führender Position mit dieser Fachaufgabe betraut ist.

Herr Schenke erklärt, dass er bereits vor einem Jahr eine Anfrage gestellt hat. Die Bürgermeisterin hätte damals geantwortet, dass der zuständige Mitarbeiter lange Zeit krank wäre.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Die Verweisung des Antrag der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion – Berichtsvorlage zur Fortschreibung und Ergänzung des Sozialplanes in den Ausschuss für Familie, Jugend, Soziales und Gesundheitswesen.

Abstimmung: 36 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

Nr. 24 der TO: Antrag der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion – tiefgründige Wirtschaftlichkeitsbetrachtung der gesamten Parkraumbewirtschaftung der Stadt Eisenach

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Verweisung des Antrages in den Haupt- und Finanzausschuss mit 6 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 1 Stimmenthaltung.

Die **Vorsitzende der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion, Frau May**, begründet den Antrag.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Die Verweisung des Antrages der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion – tiefgründige Wirtschaftlichkeitsbetrachtung der gesamten Parkraumbewirtschaftung der Stadt Eisenach – in den Haupt- und Finanzausschuss.

Abstimmung: 36 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

Nr. 25 der TO: Antrag der CDU-Stadtratsfraktion – Absicherung EU-LEADER-Projekt

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Verweisung des Antrages in den Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss mit 6 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der **Vorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, begründet den Antrag.

Die **Dezernentin, Frau Rexrodt**, hält zu dem Antrag folgende Gegenrede:

„Da die Anträge des Vorsitzenden der Fraktion der Christlich Demokratischen Union eine neue Qualität in den Stadtrat bringen sollen, nämlich neben der sachlichen Begründung auch gezielt persönliche Angriffe aufzunehmen, möchte ich natürlich als Angesprochene auch selbst die Gegenrede halten.“

1. Der Oberbürgermeister soll die weitere städtische Mitarbeit der RAG LEADER absichern.

Am 14.12.2007 beschloss der Stadtrat einstimmig den Beitritt der Stadt zur RAG LEADER. Bisher hat weder der Oberbürgermeister noch ein anderes Mitglied der Verwaltungsspitze oder einer Fraktion den Antrag auf Aufhebung dieses Beschlusses gestellt oder auch nur in Aussicht gestellt. Sie können also davon ausgehen, dass ein Austritt aus der RAG in keiner Weise beabsichtigt ist.

2. Mit den betroffenen landwirtschaftlichen Betrieben Vereinbarungen vorzubereiten, die den Eigenanteil der Stadt an den geplanten Einzelprojekten absichern.

Bei den vorbereitenden Gesprächen mit den landwirtschaftlichen Betrieben zum Beitritt in die RAG wurde deutlich gesagt, dass diese keine finanziellen Mittel für den Ausbau des ländlichen Wegebaus bereitstellen werden, das heißt, die Stadt wäre verpflichtet, den Eigenanteil zu leisten. Der Vorschlag Herrn Köckerts, beispielsweise die Ortschaften zu bitten, ihre jährlichen Ortsteilgelder in Höhe von 2.500 € hierfür bereitzustellen, zeugt von mangelnder Sachkenntnis, so wie der gesamte Antrag.“

Die Dezernentin, Frau Rexrodt, benennt die Kosten der drei Projekte und gibt an, dass ein Eigenanteil von 289.486 € durch die Stadt zu erbringen ist. Sie erklärt weiter:

„An dieser Größenordnung können Sie unschwer erkennen, dass weder die Ortsteile noch die landwirtschaftlichen Betriebe in der Lage sein werden, nur ansatzweise den Eigenanteil zur Verfügung zu stellen. Falls der Fraktionsvorsitzende Herr Köckert den Wunsch hat, die Stadt solle die Komplementierung leisten, dann benötigen wir nach Geschäftsordnung einen Deckungsvorschlag.

3. Dem Stadtrat ist im April ein Sachstandsbericht vorzulegen.

Diesem Antrag kann ich bereits jetzt kurz nachkommen und im April ausführlich in schriftlicher Form. Dabei möchte ich auch einige gravierende Fehler in der Begründung Herrn Köckerts korrigieren.

1. Projektanträge und deren Bewilligung in der RAG stehen in keinem Zusammenhang mit der Mitgliedschaft in der RAG. Es ist im Gegenteil häufig so, dass kleine Betriebe oder Gemeinden, die gar kein Mitglied in der RAG LEADER sind, Anträge stellen und diese auch bewilligt bekommen.
2. Falsch ist die Behauptung, die Betriebe würden den jährlichen Mitgliedsbeitrag in Höhe von 2.500 € allein bezahlen. Sinn der Kooperation war es nicht nur, die Landwirtschaft stärker als früher in den Prozess einzubeziehen, sondern auch den Mitgliedsbeitrag auf mehrere Schultern zu verteilen. Die drei Betriebe zahlen zusammen 1.250 €, die andere Hälfte die Stadt. Darüber hinaus wurde eine Vertreterin einer Agrargenossenschaft als Vertre-
lerin in den Vorstand berufen, was die neue Qualität der Einbeziehung der Landwirtschaftsbetriebe in den Prozess unterstreicht.

3. Die von uns beantragten Projekte wurden ordnungsgemäß der RAG zur Prüfung vorgelegt. Für eine Beurteilung und abschließende Bewertung ist unter anderem eine rechtsaufsichtliche Würdigung durch das Landesverwaltungsamt notwendig. Der städtische Anteil beläuft sich, wie ich bereits
Pro- erwähnte, auf ca. 290.000 €. Aufgrund der Haushaltslage wurden die Projekte nicht in den Haushalt 2009 aufgenommen.

4. Im März findet ein weiteres Treffen der landwirtschaftlichen Betriebe und der Ortsteilbürgermeister in meinem Dienstzimmer statt, bei welchem die Verwaltung Vorschläge unterbreiten wird. Über das Ergebnis werden wir im April einen Bericht geben.

In welchem Zusammenhang der Ausbau Erneuerbare Energien mit der Weiterentwicklung ländlicher Infrastruktur steht, ist unklar. Ebenso, warum der Bau von 14 Carports für den Bauhof, der die Stadt keinen Cent kostete, als Indiz für fehlendes Interesse am ländlichen Raum herhalten soll. Hingegen wurden in den Jahren 2007 und 2008 für die Instandsetzung landwirtschaftlicher Wege durch das Tiefbauamt 28.290 € investiert. Ich bitte Sie aus den von mir genannten Fakten diesen Antrag abzulehnen.“

Das **Stadtratsmitglied, Herr Suck**, erklärt, dass zur letzten Zusammenkunft mit den Ortsteilen und Herrn Päsler gesagt wurde, dass die Stadt kein Geld hat und das Projekt nicht durchgeführt werden kann. Auf seine Nachfrage, was es denn kostet, konnte ihm niemand eine Auskunft über die Kosten geben. Er gibt an, dass er diese Zahlen, die Frau Rexrodt genannt hat, heute zum ersten Mal gehört hat. Herr Suck zweifelt die vorgelegten Zahlen an.

Die **Dezernentin, Frau Rexrodt**, erklärt, dass die Sitzung mit den Ortsteilbürgermeistern für den 20. Januar angesetzt war. Sie gibt an, dass sie alle Unterlagen bei sich hatte und vorbereitet war. Sie musste am 20. Januar dringend wegen des Weltkulturerbes nach Berlin. Sie hat daraufhin Herrn Päsler gebeten, der gerade aus langer Krankheit zurückgekehrt ist, mit den Ortsteilbürgermeistern zu sprechen. Sie kündigt an, dass in den nächsten zwei Wochen ein erneutes Treffen stattfindet. Hier sollen Wege und Möglichkeiten außerhalb der Haushaltsmittel gesucht werden.

Der **Vorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, versteht die Aufregtheit der Dezernentin nicht. Er versteht auch nicht, warum sie die Ausführungen hier ausbreitet, da es an sich Arbeit des Ausschusses ist. Der Ausschuss hätte ein Anrecht darauf, ausführlich über das LEADER-Projekt informiert zu werden. Weiterhin hätte die Beantwortung der Anfragen der CDU-Fraktion zum LEADER-Projekt zu diesem Antrag geführt. Sowohl in der Beantwortung der Anfragen als auch in einer Pressemitteilung wurde ein Ausstieg aus der AG LEADER erwogen. Er hält es nur für gerechtfertigt, dass auch dieser Bereich, der offensichtlich nicht so in der Aufmerksamkeit der Stadtverwaltung liegt, zumindest in dem zuständigen Ausschuss die entsprechende Aufmerksamkeit bekommt.

Der **Vorsitzende der BfE-Stadtratsfraktion, Herr Gottstein**, findet, dass der Stadtrat nicht versuchen sollte, Anträge mit zum Teil neuen oder vorher fehlenden Informationen einfach wegzubügeln. Es sollte zumindest einmal im Fachausschuss behandelt werden. Es sollte nicht das Recht einer Fraktion, einen Antrag zu stellen und sich auch damit auseinanderzusetzen, beschnitten werden.

Die **Dezernentin, Frau Rexrodt**, erklärt, dass es dem Vorsitzenden des Bauausschusses unbenommen ist, das Thema LEADER auf die Tagesordnung jedes Bauausschusses zu setzen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Die Verweisung des Antrages der CDU-Stadtratsfraktion – Absicherung EU-LEADER-Projekt in den Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss.

Abstimmung: 23 Stimmen dafür
3 Stimmen dagegen
6 Stimmenthaltungen

**Nr. 26 der TO: Antrag der CDU-Stadtratsfraktion – Städtebaulicher Vertrag
Bürgersolarpark**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Verweisung des Antrages in den Haupt- und Finanzausschuss mit 6 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Vorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert, begründet den Antrag.

Die **Dezernentin, Frau Rexrodt,** hält zu dem Antrag folgende Gegenrede:

„Auch zu diesem Antrag möchte ich eine Gegenrede halten. Zunächst aber möchte ich mit aller Deutlichkeit nochmals erklären, dass der im Januar gefasste Aufstellungsbeschluss zum B-Plan Nr. 8 „Gaswerkstraße“ nicht, wie auch der Vorsitzende der FDP, Herr Rudloff, unterstützend für Herrn Köckert meint, gefasst wurde, um noch nachträglich Rechtssicherheit für den Betreiber des Bürgersolarparkes zu schaffen. Ich weiß nicht, warum sich diese Mär so hartnäckig hält. Wirtschafts- und investorenfreundlich sind solche Falschaussagen nicht. Eine solare Nutzung der Flächen bedingt nach dem neuen Gesetz zwingend vor der Errichtung von Freiflächenanlagen einen B-Plan. Ohne diese planerische Vorleistung hat der Anlagenbetreiber keinen Anspruch auf die gesetzliche Einspeisevergütung. Mit den Vorbereitungen für den B-Plan signalisiert die Stadt potenziellen Interessenten, dass hier künftig investiert werden kann. Nun zum Antrag. Der Oberbürgermeister soll für die Erarbeitung dieses Planes mit dem Investor des daraus nutzenziehenden Solarparkes einen städtebaulichen Vertrag abschließen. Weder dem Oberbürgermeister noch mir ist ein nutzenziehender Investor bekannt, noch können wir sagen, ob dort ein Solarpark entstehen soll oder kann. Auch umfasst ein städtebaulicher Vertrag immer nur den Rahmen des eigenen Grundstückes, wie zum Beispiel beim PEP oder beim Tor zur Stadt. Das Geltungsgebiet „Gaswerkstraße“ gehört aber der Stadt. Der Oberbürgermeister müsste also in diesem Fall mit sich selbst einen städtebaulichen Vertrag abschließen. Das heißt aber auch, wenn der Oberbürgermeister einen städtebaulichen Vertrag mit einem Investor abschließen soll, müsste er ihm das Grundstück erst verkaufen. In diesem Fall nimmt die Rechtsprechung aber eine Vergabepflichtigkeit an, wenn der Grundstücksverkauf mit der Bauverpflichtung verbunden ist. Wir glauben nicht, dass eine Ausschreibung zum Verkauf des Areals Erfolg hätte. Eine konfliktfreie Bebauungsplanung für eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung des Areals setzt zunächst eine konkretisierende Formulierung von Planungszielen voraus, die mit dem Aufstellungsbeschluss bislang so nicht erfolgte und auch nicht erfolgen musste. Nach Bewertung der Beteiligungsergebnisse zum heute ausgelegten Flächennutzungsplanentwurf am Ende des Jahres könnten parallel zur Flächennutzungsplanbearbeitung auch Vorbereitungen zur Aufstellung des B-Planes getroffen werden. Dann muss in Anbetracht der Altlastensituation entschieden werden, ob die zu formulierenden Planungsziele im Interesse einer zunächst vereinfachenden Konfliktbewältigung auf eine Zwischennutzung orientiert sein oder eine endgültige Nutzungsfestsetzung im B-Plan erfolgen soll. Die unüberschaubare Altlastensituation und die fehlenden gesetzlichen Möglichkeiten einer Altlastenfreistellung für Kommunen, lassen Nutzungseinschränkungen für die künftige Bodennutzung erwarten. Erst nach Feststellung der grundsätzlichen Bodennutzung lassen sich Verhandlungen mit möglichen Vorhabenträgern in Richtung des Abschlusses eines städtebaulichen Vertrages vertiefen. Am gestrigen Tag fand in Erfurt bei der LEG ein Fachsymposium zum Thema „Von der ökologisch belasteten Brachfläche zur energieeffizienten Standortnutzung statt. Im Vorwort äußerte Staatssekretär Jucknack unter anderem: „Durch die Entwicklung der Branchen werden des Weiteren städtebauliche Missstände beseitigt und das Städte-, Gemeinde- oder

Landschaftsbild verbessert, was letztlich die Standortattraktivität insgesamt positiv beeinflusst. Dass angesichts steigender Beanspruchung der knappen Ressource „Fläche“ die Wiedernutzung von Altstandorten auch unter Nachhaltigkeitsaspekten positiv zu betrachten und ein wichtiger Beitrag zur Schonung natürlicher Ressourcen ist, liegt auf der Hand.’ Dr. Manfred Hanfler von der Bauhaus-Uni Weimar riet: ‚Rationelle Energieversorgung und –verwendung sowie der verstärkte Einsatz erneuerbarer Energien sind naturgemäß nicht nur für belastete innerstädtische Brachflächen relevant. Die notwendige Beplanung dieser Flächen sollte jedoch die Chance für eine energiegerechte, nachhaltige und wirtschaftliche Stadtentwicklung sein.’ Was aber das Vorhaben der Revitalisierung von Brachflächen hemmen kann, wurde auch von der LEG gesagt: die Handlungsunfähigkeit der Akteure, unzureichendes Wissen der Akteure und wechselseitige Blockade der Akteure. Um die Hilfsangebote für unser Vorhaben zu nutzen, sollten wir nicht zögerlich und mit kleinlichen Anträgen eine Verhinderungstaktik aufbauen, sondern mutig und mit Visionen die Chancen der Gestaltung nutzen. So wurde uns über die Fachhochschule Nordhausen eine Praktikantin vermittelt, die sich in einer Diplomarbeit des Themas Gaswerkstraße annehmen wird. In dieser Arbeit werden vorhandene Gutachten bewertet und Möglichkeiten einer biotechnischen Sanierung geprüft. Im September diesen Jahres findet die Verteidigung dieser Arbeit statt. Danach wissen wir, ob die Chance einer bakteriellen Sanierung gegeben ist, oder in Kombination mit einem mechanischen Verfahren erfolgen muss. Im Herbst also können wir Genaueres sagen. Hinzu kommt, dass wir mit der LEG zeitnah über Möglichkeiten einer geförderten Untersuchung bzw. Studie innerhalb des Projektes „optirisk“ verhandeln. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen, um nicht den sinnvolleren Weg zu verbauen, den wir gerade eingeschlagen haben.“

Der Vorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert, erklärt, dass im § 34 EEG steht, dass es nicht nur um errichtete Solaranlagen geht, sondern eine Einspeisevergütung erfolgen kann, auch wenn die Solaranlagen nicht auf Gebäuden sind, die anderen Nutzungen dienen. Nur ein B-Plan müsste bis 2015 bestehen. Dies würde auch für bestehende Anlagen gelten. Er erinnert an das Hühnerstallurteil aus Nordrhein-Westfalen. Er gibt an, dass sich solche Pseudo-Dächer auch in der Gaswerkstraße befinden. Herr Köckert ist der Meinung, dass Frau Rexrodt diesen Grund kennt, ihn aber hier nicht nennt. Wer sich über die Sicherheit der Einspeisevergütung auf diesem Gelände erkundigen will, könnte sich an den Geschäftsführer wenden. Er findet es einen unerträglichen Zustand, dass die Dezernentin den Stadtrat an diesem Punkt so veralbern und mit Falschaussagen in die Irre führen will. Der B-Plan ist von hohem Nutzen, weil er für den Investor notwendig ist, um eine Einspeisevergütung zu erhalten. Er hat nichts dagegen, sich mit kompetenten Leuten im Ausschuss darüber unterhält. Er hat auch nichts gegen eine andere Zeitschiene, wenn man im Ausschuss dazu kommt. Er hält es für wichtig, dass die Gründe, weshalb man das schwierige Gebiet hier angeht, nicht unter den Tisch fallen gelassen werden und andere Gründe zu nennen. Er ist der Meinung, dass man das Gebiet auch ohne einen B-Plan städtebaulich hätte ordnen können. Der B-Plan wäre erforderlich, weil derjenige, der mit der Stadt den Vertrag hat, dass er dort Solaranlagen errichten kann, nur so eine Einspeisevergütung rechtssicher bekommt. Er wäre eindeutig Nutznießer. Aus diesem Grund könnte er auch Teile der Lasten der B-Planung tragen. Ihn verblüfft es, dass das hier verniedlicht und weggewischt wird und andere als dumm dargestellt werden.

Der Vorsitzende der BfE-Stadtratsfraktion, Herr Gottstein, ist der Meinung, dass die Problematik darin besteht, dass wenn der federführende Ausschuss nicht zur Problematik befragt wird, man nicht in der Lage wäre, entsprechend vernünftig und sachlich zu begründen. Er gibt an, dass man nur durch Nachfrage, auch bei der EVB, halbwegs zuordnen, worum es hier eigentlich geht. Man sollte sich hüten, derartig grundsätzliche Diskussion im Stadtrat auszutragen. Er erklärt, dass hier keine Fachleute sitzen und geht davon aus, dass niemand bei der Angelegenheit sagen kann, das ist so oder eben nicht. Solche Sachen sollten deshalb tunlichst in die Ausschüsse verwiesen werden. Er stellt den Antrag, dass auch eine Verweisung in den Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss erfolgt.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Die Verweisung des Antrages der CDU-Stadtratsfraktion – Städtebaulicher Vertrag Bürgersolarpark in den Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss und den Haupt- und Finanzausschuss.

Abstimmung: 15 Stimmen dafür
15 Stimmen dagegen
2 Stimmenthaltungen

Damit wird der Antrag nicht in die Ausschüsse verwiesen.

Der **Vorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, erklärt, dass sich der Stadtrat mit diesem Abstimmungsergebnis sehr undemokratisch dargestellt hat. Es gäbe hier ein ganzes Bündel offener Fragen. Diese werden nur dadurch gelöst, dass man sie beantwortet. Bisher hätte die Verwaltung immer nur Teilantworten gegeben. Ein ganzer Teil wäre verschwiegen wurden. Er verspricht, dass dieses Thema den Stadtrat nicht verlassen wird. Es sollte alles transparent diskutiert werden. Genau das wird hier verhindert.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, bittet darum, mal wieder vernünftig zu werden. Er gibt an, dass eben übereinstimmend festgestellt wurde, dass noch enormer Klärungsbedarf besteht. Er könnte in dieser Phase nicht beschließen lassen, einen Investor zu suchen. Die Fragen müssten zunächst geklärt werden. Dem Antrag könnte in dieser Form nicht zugestimmt werden.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Der Oberbürgermeister schließt für die Erarbeitung des B-Planes Nr. 8 (ehemaliges Gaswerkgelände) einen städtebaulichen Vertrag mit dem Investor des daraus Nutzen ziehenden Solarparks. Dieser Vertrag ist dem Stadtrat bis zur Sommer-pause zur Zustimmung vorzulegen.

Abstimmung: 15 Stimmen dafür
17 Stimmen dagegen
1 Stimmenthaltung

Beschluss-Nr.: 0770/2009

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nr. 27 der TO: Antrag der CDU-Stadtratsfraktion – Änderung der Geschäftsordnung

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Verweisung des Antrages in den Ältestenrat mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der **Vorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, begründet den Antrag.

Die **Vorsitzende der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion, Frau May**, hat keine Lust mehr über den Kauf des Grundstückes am Palmental zu reden. Sie findet, dass es nicht richtig war, den Kaufvertrag am Ausschuss vorbei abzuschließen, aber wenn es ein oder zwei mal gesagt wurde, müsste es dann auch gut sein. Sie findet, dass so etwas nicht hierher gehört. Sie hat keine Lust im Hauptausschuss über jeden Krümel zu entscheiden. Sie denkt, dass ein bisschen Vertrauen auch dazu gehört. Sie bittet, diesen Antrag abzulehnen.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, verweist darauf, dass es nach der letzten Novelierung der Thüringer Kommunalordnung ausdrücklich untersagt ist, dass

Grundstücksangelegenheiten an beschließende Ausschüsse übertragen werden. Es gibt nur die Organe Oberbürgermeister und Stadtrat.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
Die Verweisung des Antrages der CDU-Stadtratsfraktion – Änderung der Geschäftsordnung – in den Ältestenrat**

Abstimmung: 16 Stimmen dafür
15 Stimmen dagegen
2 Stimmenthaltungen

Nr. 28 der TO: Investitionsprogramm Förderung von Investitionen in nationale UNESCO-Welterbestätten

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussvorlage mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
Die Stadt Eisenach befürwortet ausdrücklich und uneingeschränkt die Baumaßnahmen auf der Wartburg, die im Rahmen des Investitionsprogrammes des Bundes „Förderung von Investitionen in nationale UNESCO-Welterbestätten“ realisiert werden sollen.**

Dies sind im Einzelnen :

- Sanierung der historischen Wasserleitung
- Sanierung der Wehr- und Stützmauern
- Sanierung Gebäudekomplex Torhaus- Ritterhaus- Vogtei einschließlich Lutherstube

Abstimmung: 33 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltung

Beschluss-Nr.: 0771/2009

Nr. 29 der TO: Anfragen

Reg.-Nr. 388/2009 Anfrage des Stadtratsmitgliedes Herrn Schenke
Thema: Zuständigkeit bei der Festsetzung von Strompreisen
Es werden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 399/2009 Anfrage des Stadtrates Herrn Schenke
Thema: Kommunale „Kirchenbaulastverträge“ nichtig
Es werden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 400/2009 Anfrage des Stadtrates Herrn Levknecht
Thema: Streckenänderung Festzug Sommergewinn 2009

Das **Stadtratsmitglied, Herr Levknecht**, findet es eine unglückliche terminliche Planung, wenn eine Woche vor dem Sommergewinn die Straße aufgerissen wird. Deshalb fragt er noch einmal, ob es nicht möglich ist, dass die Straße erst nach dem Sommergewinn aufgerissen wird.

Die **Dezernentin, Frau Rexrodt**, erklärt, dass es unter der Leitung des Oberbürgermeisters und der Dezernentin ein Abstimmungs-

gespräch mit der Sommergewinnsunft und der Stadtverwaltung gegeben hat. Hier wurde alles abgestimmt. Die Sommergewinnsunft ist in ständigem Kontakt mit dem Tiefbauamt. Von dort hätte es keine Klagen gegeben. Sie gibt an, dass geregelt wird, dass alle Wagen unfallfrei dort langfahren können. Es gäbe keine andere Möglichkeit.

Der **Vorsitzende, Herr Meyer**, erklärt, dass die Sommergewinnsunft keine andere Möglichkeit hat, wenn die Straße aufgerissen ist.

Reg.-Nr. 402/2009 Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion
Thema: Veranstaltungen im Automobilmuseum (O2)
Es werden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 403/2009 Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion
Thema: Abhalten von Stadtratssitzungen im Bürgerhaus
Es werden keine Zusatzfragen gestellt.

Ende der öffentlichen Sitzung um 19:00 Uhr

Pause von 19:00 Uhr bis 19:05 Uhr

Nichtöffentlicher Teil